

Mit eigenem Plakat

BEFÜRWORDER STARTEN KAMPAGNE für die Minarettverbots-Initiative

Es hat sich ein überparteiliches Ostschweizer Komitee «Ja zur Minarettverbots-Initiative» gebildet. Seine Kampagne besteht vorwiegend aus Veranstaltungen und einem eigenen Plakat.

Nach Nationalrat Lukas Reimann, Wil, ist ein eigenes Plakat nicht etwa wegen des umstrittenen schweizerischen geschaffen worden, hinter dem auch Ostschweizer SVP-Sektionen stünden, sondern um zusätzlich regionalen Bezug zu schaffen. Ein Minarett überragt nämlich auf dem Plakat die abgebildete St.Galler Kathedrale. Reimann erinnerte bei der Vorstellung der Kampagne an das Projekt für ein islamisches Zentrum mit Minarett in Wil, worauf sich bei der Bevölkerung in Wil grosser Widerstand bemerkbar gemacht hatte. Die Initiative werde daher in Wil sicher deutlich angenommen. Das Komitee sei für eine bessere Integration von Muslimen in der Schweiz, aber gegen jegliche weitere Schritte in Richtung Islamisierung und damit auch gegen islamische Machtsymbole.

«Nicht friedfertig»

Robert Bartuma, Islam-Kenner, Rapperswil-Jona berichtete über die Entstehungsgeschichte des Islam. Schon Mohammed habe als Feldherr blutige Angriffe, so auf Mekka, gestartet und dabei Sklaven geschaffen. Islam sei mehr als eine Religion, nämlich zusätzlich eine politische Macht, und sei von Anfang an mit dem Schwert verbreitet worden. Die richtige Über-



Bild: we

Anlässlich der Präsentation der Kampagne: (Von links) SVP-Kantonsrätin Barbara Keller-Inhelder, SVP-Nationalrat Lukas Reimann, Robert Bartuma, Islam-Kenner, Hans Moser, Präsident EDU, SVP-Nationalrat Theophil Pfister.

setzung des Begriffs «Islam» habe mehr mit Unterwerfung als mit Frieden zu tun.

Seitenhiebe gegen SP und CVP
SVP-Kantonsrätin Barbara Keller-Inhelder, Rapperswil-Jona, betonte, sie könne beim besten Willen nicht nachvollziehen, wie sich ausgerechnet Christdemokraten und Sozialdemokraten mit aggressiver Leidenschaft für Minaretttürme und das Kopftuch in der Schweiz einsetzten. Die nicht fundamentalistischen Muslime kämen sehr gut ohne «Gebietseroberungssymbole» aus. Weiter kritisierte sie die Frauenverstümmelung und allgemein die «Herabsetzung der Frau» im Islam. Die Religionsfreiheit dürfe nicht über die verfassungsmässigen Grundrechte des Rechts auf körperliche Unversehrtheit und persönliche Freiheit

gestellt werden. Hans Moser, EDU-Präsident Schweiz, Buchs, wandte sich gegen «eine schleichende, teils sogar sichtlich rasante Unterwanderung der christlichen Kultur» mit dem Ziel, die Scharia in unserer Gesellschaft durchzusetzen. Obwohl ein Minarettverbot die Gefahr der Islamisierung nicht stoppe, werde ein offensichtliches Symbol der islamischen Präsenz und Macht gebremst. SVP-Nationalrat Theophil Pfister, Flawil, präzisierte, dass die Minarettverbots-Initiative nicht den Bau von Moscheen verhindern wolle, aber die machtpolitische Erweiterung derselben. Die verfassungsmässige Religionsfreiheit behindere die Minarett-Initiative nicht, sonst wäre sie nicht als gültig erklärt worden. Sie sei ein absolut legaler Bürgerprotest gegen totalitäre Ansprüche.

we